

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 686 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Stephan Hilsberg MdB zur Erinnerung an den 17. Januar 1988 in Ostberlin: Ein Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Opposition.

Seite 1

Siegmar Mosdorf MdB zu den demographischen Perspektiven Europas: Altersheim oder Laboratorium der Moderne?

Seite 5

48. Jahrgang / 10

15. Januar 1993

Ein Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Opposition

Zur Erinnerung an den 17. Januar 1988 in Ostberlin

Von Stephan Hilsberg MdB

Die Kampfdemonstration der SED zu Ehren der ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf der Berliner Karl-Marx-Allee am 17. Januar 1988 wurde zu einem Wendepunkt der oppositionellen Bewegung in der DDR. Diese Opposition durchlief in der Folge der Demonstration eine richtiggehende Krise, in deren Ergebnis es so aussah, als sei sie durch die Inhaftierung wichtiger Exponenten geschwächt. In Wirklichkeit aber erfuhr sie eine Stärkung.

Wie kam es dazu?

Seit einigen Jahren bereits existierten einige oppositionelle Gruppen. Ihre Mitglieder waren in der Regel in Insiderkreisen bekannt. Sie diffundierten jeweils von Gruppe zu Gruppe. Man konnte sie in unterschiedlichen Kreisen antreffen. Und langsam begann sich das Potential an Leuten, die breit waren, in solchen Kreisen zu arbeiten auszuweiten. Zu den bekanntesten Gruppen ihrer Art zählten die "Initiative Frieden und Menschenrechte", die Gruppe "Frauen für den Frieden" und die Umweltbibliothek, um nur einige herauszugreifen. Diese Gruppen waren von ihrem Charakter her politisch, auch wenn sie das in ihrem Selbstverständnis nicht immer so gesehen haben. Soziologisch erwachte in ihnen die unterdrückte, gleichgeschaltete und in Nischen abgedrängte und anonymisierte Gesellschaft der DDR zu neuem Leben.

Bekanntlich hatte sich die SED bemüht, alle Organisationen in der DDR in den Griff zu bekommen und sie nicht nur organisatorisch zu steuern, sondern auch ihr ideologisches, marxistisches-leninistisches Weltbild aufzuktroyieren. Unabhängig davon, "wieviel Leine" die SED anderen Organisationen ließ, waren diese eben grundsätzlich nicht frei. Sie hatten zwar unterschiedlichen Spielraum. Doch dieser Spielraum war von der SED vorgegeben und steuerbar. Unabhängig von den jeweils erlebten Freiheitsgraden, waren die Mitglieder aller offiziellen Organisationen in der DDR doch in das System der totalitären Gesellschaft eingebunden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Druck:
aus 100% Recycling-Papier



Das Neue an den sich zuerst unter dem Dach der Kirche und dann von ihr emanzipierenden Kreisen und Gruppen war der Umstand, daß diese nicht mehr nach einer Erlaubnis frugen. Sie organisierten sich. Das gelang in der Regel überall dort, wo sich ein Pfarrer und eine Gemeinde fanden, die ihnen Räume zur Verfügung stellte. Häufig waren auch Gemeindemitglieder und ihre hauptamtlichen Mitarbeiter die Initiatoren jener Gruppen, so daß sich diese als inhärenter Bestandteil der Kirche verstanden.

Diese Gruppen befanden sich durch ihren Anspruch, selber ihre Aktivitäten zu bestimmen, im Widerspruch zum postulierten Macht- und Führungsanspruch der SED. Das machte ihren politischen Charakter aus. Deshalb ist es legitim, bei aller äußeren Spontenhaftigkeit von Opposition oder oppositioneller Bewegung zu sprechen, selbst wenn dieser Charakter erst allmählich in das Selbstverständnis vieler oppositioneller Gruppen drang. Um zu begreifen, was am 17. Januar 1988 und den darauf folgenden Tagen in der DDR ablief, muß man sich das Verhältnis der Opposition und der großen Gruppe der Ausreiser klarmachen. Einerseits entwickelte sich ein harter Widerspruch zwischen Ausreisegruppe und Oppositioneller Bewegung. Andererseits tat die Opposition den Ausreisern unrecht. Außerdem waren die Ausreiser ja ebenfalls eine starke Opposition zum System. Die Ausreiser hatten auf ihre persönliche Weise mit der DDR gebrochen, sahen in ihr keine Lebensperspektive mehr und strebten als Lösung dieses Widerspruchs die Ausreise an. In ihren Augen hatte die DDR zwar keine Zukunft mehr, aber eine "ewig" erscheinende Gegenwart.

Die Opposition hatte ebenfalls mit der DDR in ihrer spezifisch kommunistischen und stalinistischen Ausformung eines pervertierten, real existierenden Sozialismus gebrochen. Sie sah sich dennoch verantwortlich für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, indem sie sie zu ändern suchte. Ich gebe zu, das war damals eine Haltung, die nur schwierig nachzuvollziehen war. Und doch war diese Haltung der Kristallisationskern der großen Demonstrationen vom Oktober 1989.

"Ausreiser" und "Hierbleiber"

Zwischen Ausreisern einerseits und oppositioneller Bewegung andererseits entwickelte sich ein besonderes Verhältnis. Die Gruppe der Ausreiser machte die Erfahrung, daß sie ihre Ausreise durch provokative Maßnahmen beschleunigen konnte. Dadurch hatte sie ein spezifisches Interesse, sich an oppositionellen Aktionen zu beteiligen. Sie wünschte sie geradezu herbei. Die oppositionelle Bewegung aber fühlte sich hierbei mißbraucht. Es bildete sich in bewußter Abgrenzung zu den Ausreisestellern die "Wir bleiben hier"-Haltung heraus. Diesen Widerspruch machte sich die SED und das MfS in der Nachfolge des 17. Januar 1988 geschickt zunutze.

Es war bereits in den Tagen vor der Demonstration bekannt, daß in oppositionellen Kreisen eine Gegendemonstration geplant wurde. Das Verhältnis zu dieser Gegendemonstration bei einigen anderen Gruppen war zwiespältig. Einerseits begrüßte man diese Aktion als legitimen Akt. Andererseits hielt man sie für eine provokative Dummheit.

Die Konspiration der Initiatoren der Gegendemonstration war entweder durch Fahrlässigkeit nicht eingehalten oder andere Umstände durchbrochen worden. Jedenfalls pfffen es die Spatzen von den Dächern. Man erwartete im Vorfeld etwas, wußte aber nicht genau was. Einige westliche Journalisten waren bewußt eingeweiht worden. Die Information via westdeutscher Medien über diese Gegendemonstration war selbstverständlich gewollt. Außerdem war nichts schlimmer, als im Gefängnis zu sitzen, wenn die Außenwelt nichts davon wußte.

Die SED aber hat die westliche Medienberichterstattung später als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dargestellt, was sie vom Selbstverständnis der SED ja auch war. Die Aktion selber war völlig unspektakulär. Wer würde heute aufmerken, wenn jemand sich mit einem Luxemburg-Zitat "Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden" in eine beliebige andere Demonstration einreihet? Wenn es hochkommt, waren auch nur an die 30 Oppositionelle an dieser Gegendemonstration beteiligt. Die Verhaftung erfolgte schnell. Die Stasi stand schon bereit. Sie war selbstverständlich auch zahlenmäßig überlegen. Das westliche Fernsehen konnte aber auch filmen. Die Bilder waren am Abend in allen ostdeutschen Fernsehempfängern zu sehen. Die Botschaft der Gegendemonstranten lautete: "Wir lassen uns für unsere Überzeugung verhaften." Prominentester Häftling war der damals sehr populäre Liedermacher Stefan Krawczyk.

Was geschah weiter?

Am Abend öffnete die erste Berliner Kirche ihre Tore für eine Fürbittenandacht. Dieser sollte fortan jeden Abend zur Regel werden. Die Teilnehmerzahl an diesen Fürbittenandachten wuchs schnell in die Höhe, so daß man in größere Kirchen ausweichen mußte.

Innerhalb dieser Andachten informierten Angehörige und Freunde der Inhaftierten, Mitglieder der Kirchenleitung und gelegentlich Rechtsanwalt Schnur über die augenblickliche Situation. Diese Andachten waren schnell eine Stätte des Widerstands gegen das Regime. Hier konnte Wut und Ohnmacht artikuliert werden, hier konnte man sich ein wenig Luft machen, wenn auch noch moderat, hier trat jeder aus seiner persönlichen Anonymität heraus und erfuhr plötzlich, daß es seinem Nachbarn sprichwörtlich genauso ging wie ihm. Dadurch wurden diese Fürbittgottesdienste zum Kraftquell der Opposition. Wenn dies im Kalkül der Inhaftierten gelegen hat, dann war das zumindest bis hier eine erfolgreiche Strategie, in dem Sinne, daß hier Angst überwunden werden konnte.

Natürlich waren diese Andachten der SED ein Dorn im Auge und sie versuchte, ihnen ein Ende zu bereiten. Das war bereits eine Woche nach dem 17. Januar schwierig geworden. Denn die Härte der SED hätte die Andachten wohl eher gesteigert. Trotzdem hat sie es versucht und noch einen Gang zugeschaltet. Plötzlich wurden weitere prominente Exponenten der Opposition, die sich an der Demonstration aber gar nicht beteiligt hatten, sogar zum Teil abgeraten, verhaftet. Darunter befanden sich zum Beispiel Bärbel Bohley, Werner Fischer oder Freya Klier.

Die Folge war ein Erstarren der Fürbittandachten. Die Kirchen waren zum Bersten voll. Der Moment war in Sicht, wo die ersten draußen stehen bleiben mußten. Die SED forcierte jetzt die ersten Verurteilungen der Inhaftierten. Und doch war mit dieser Form von Härte nichts mehr auszurichten.

Deeskalierung

Binnen weiterer zwei Wochen war der ganze Spuk vorbei. Die Inhaftierten befanden sich in der Bundesrepublik, einige Ausnahmen wieder zu Hause, und die Fürbittandachten waren zu Ende. Wie konnte das geschehen?

Die erste wichtige Maßnahme war die Entlassung der Inhaftierten. Daran hatte die Kirchenleitung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg einen gewichtigen Anteil. Viele der Inhaftierten geben aber heute an, getäuscht worden zu sein. Die genaue Klärung der Entlassung der Inhaftierten und ihre Abschiebung in den Westen können wir getrost den Historikern überlassen. Feststeht, daß von den Inhaftierten niemand gegen seinen ausdrücklichen Willen aus der Haft hätte entlassen werden kön-

nen. Gleich, ob sie sich getäuscht fühlten, haben sie doch persönlich in die Abschiebung eingewilligt, das heißt sie müssen sich diese Abschiebung selber zurechnen. Es mag sein, daß manch einer ihrer Freunde, Rechtsanwälte oder Mitgliedern der Kirchenleitung ihnen gegenüber Theater gespielt hat. Aber damit hätten die Inhaftierten rechnen müssen.

Mit der Entlassung und der Abschiebung der Inhaftierten war ein gewichtiger Grund für die Fürbittandachten obsolet geworden. Hier tat aber noch eine zweite Strategie der Gegenseite Wirkung. Es hieß plötzlich allgemein, die Fürbittandachten würden instrumentalisiert. Dies durch die Gruppe der Ausreiser. Dies war aus manch einem Munde der kirchlichen Vertreter bis in die höchsten Spitzen hinein zu hören. Die Argumentation lautete etwa: Das Anliegen vieler oppositioneller Gruppen und Kreise sei ja in Ordnung. Der Staat DDR sei verbesserungsbedürftig. Aber wer ihn verbessern will, muß das in der DDR tun. Ausreise sie deshalb ein Heraustreten aus der Verantwortung. Die Gruppe der Ausreiser hätten andere Interessen, als die eigentliche Opposition. Deshalb sei es gefährlich, daß inzwischen fast die Hälfte der Teilnehmer an den Fürbittandachten sich aus Ausreisekandidaten zusammensetzt. Hier sei es für die Opposition geboten, Distanz zu zeigen.

Diese Argumentation tat ihre Wirkung. Die Stigmatisierung der Ausreiser wurde vergrößert, die Teilnehmerschaft an den Fürbittandachten wurde gespalten. Mit Ausreisern wollte man nichts mehr zu tun haben. Damals traute sich niemand in der Öffentlichkeit mit der Gruppe der Ausreiser zu solidarisieren. Es gab dann zwar ein Büro in der Berliner evangelischen Kirche, aber dieses firmierte unter dem Oberbegriff "humanitäre Erleichterungen". Man akzeptierte den Schritt zum Ausreiseantrag, aber man hieß ihn nicht gut.

Die letzte, abschließende Fürbittandacht gestaltete sich dennoch zu einem Höhepunkt dieser kurzen Bewegung, die Eingeweihten zeigte, wie labil die DDR inzwischen geworden war. In diesem letzten Gottesdienst wurde eine Predigt gehalten, die einer politischen Initialzündung gleichkam. Frau Ruth Missewitz erklärte darin: "Wieder einmal erscheint uns unser Vertrauen getäuscht. Die Lehre daraus lautet: Wir müssen aufhören, unser Vertrauen in andere Menschen zu legen. Um die Dinge, die uns wichtig sind, müssen wir uns selber kümmern. Wenn uns die Umwelt wichtig ist, wenn uns der Frieden wichtig ist, dann müssen wir uns selber dafür einsetzen. Wir dürfen nicht auf andere warten. Wir dürfen nicht fragen, wann sich der Erfolg einstellt, sondern wir müssen etwas tun, in neuen Kreisen und Gruppen, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet."

Ausblick

Viele der Oppositionellen Gruppen begannen damals zu überlegen, was man anfangen müßte, um die SED tatsächlich in die Knie zu zwingen. Die Diktatur war nicht mehr so mächtig wie einst. Das System war brüchig geworden.

Man begann sich in der Opposition Gedanken zu machen über die Möglichkeit von Veränderungen, über die Zeit danach. Man überlegte, welche Konsequenzen aus diesem kurzen Aufflackern eines öffentlichen Widerstands zu ziehen waren.

In dieser Zeit wurde auch die Idee einer Partei geboren, die dann anderthalb Jahre später als Sozialdemokratische Partei in der DDR (SPD) gegründet wurde. Sie war ein logischer Schritt aus der Mitte der Opposition in der DDR der 80er Jahre heraus.

(-/15. Januar 1993/rs/ks)

**Altersheim oder Laboratorium der Moderne?
Zu den demographischen Perspektiven Europas**

Von Siegmur Mosdorf MdB

In den nächsten Jahren werden tiefgreifende demographische Entwicklungen die Struktur unserer Gesellschaft grundlegend verändern. Die Bevölkerungsstruktur wird nicht mehr einer Pyramide, sondern immer mehr einem Pilz ähneln. Berechnungen gehen davon aus, daß der Anteil der 20-jährigen an der deutschen Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahren um ein Drittel sinken wird. Gleichzeitig wird sich der Anteil der über 60-jährigen fast verdoppeln.

Da dieses "Altern der Gesellschaft" kein auf Deutschland beschränktes Phänomen ist, sondern mit mehr oder wenig großer zeitlicher Verzögerung alle europäischen Staaten ergreift, wird auch die Freizügigkeit des Europäischen Binnenmarktes dieses Problem kaum lösen können. In Europa wird bis 2015 die Einwohnerzahl ohne nennenswerte Zuwanderung bei 460 Mio. Menschen stagnieren. Während des gleichen Zeitraums wird jedoch die Bevölkerungszahl auf der Erde insgesamt von 5,2 Mrd. in 1990 auf 7,7 Mrd. in 2015 um fast 50 Prozent zunehmen. In Asien allein wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2015 von 2,4 Mrd. in 1990 auf 3,5 Mrd. und auf dem Afrikanischen Kontinent sogar von 470 Mio. auf 1 Mrd ansteigen. Das Durchschnittsalter wird dann im Jahr 2015 in Asien bei 31 Jahren und in Afrika bei 23 Jahren liegen. Experten gehen für Europa aufgrund der Entwicklung der Geburtenrate und der Lebenserwartung dagegen davon aus, daß sich das Durchschnittsalter der Menschen von 36 Jahren in 1990 auf 41 Jahre in 2015 erhöhen wird.

Dieser globale Trend wird enorme Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Die neuen Wachstumsmärkte können bewirken, daß sich die industriellen Schwerpunkte der Weltwirtschaft verschieben. Dabei kann eine Situation entstehen, bei der Europa nicht mehr der Export-Kontinent Nr. 1 sein, sondern zum Import-Kontinent wird, der im 21. Jahrhundert von den größeren und kaufkräftigeren Wachstumsmärkten mit dann mit versorgt wird.

Wenn Europa nicht zum zweitklassigen Altersheim der Welt werden will, das von der Erbschaft der Nachkriegsgenerationen und von den Investments in die asiatischen und afrikanischen Zukunftsmärkte lebt, dann müssen wir uns mit einigen Tabus unseres Lebens auseinandersetzen und Konsequenzen ziehen:

- Wenn wir unseren Wohlstand sichern und unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten weiter verbessern wollen, dürfen wir nicht nur auf die Größe des EG-Binnenmarktes vertrauen, sondern müssen schon jetzt eine aktive Vorsorgepolitik für den Standort Deutschland und auch für den Standort Europa betreiben. Deutschland wird vom EG-Binnenmarkt kurzfristig genauso profitieren wie von der deutschen Einheit. Dabei werden aber strukturelle Defizite leicht übersehen. Der Standort Deutschland verliert gegenwärtig in Wahrheit aber an Attraktivität. Wir müssen deshalb schon jetzt ökonomisch, technologisch und ökologisch große Anstrengungen unternehmen, um auch im 21. Jahrhundert unsere gegenwärtige Spitzenstellung trotz der enormen Veränderungen der Weltwirtschaft halten zu können.
- Angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung muß sich in unserer Gesellschaft ein fundamentaler Einstellungswandel zum Alter vollziehen. Alter muß nicht zwangsläufig einen Verlust an Produktivität und Innovationsfähigkeit bedeuten, vielmehr eröffnen sich gerade auch in diesem Bereich neue Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft. Es wird zwar Änderungen in der Struktur des Leistungsvermögens geben: einzelne Fähigkeiten wie Kraft, Beweglichkeit, physisch-psychische Belastbarkeit und Flexibilität nehmen mit zunehmenden Alter ab, während andere Fä-

igkeiten wie Urteilsvermögen, Erfahrungen, Verantwortungsbewußtsein und Aufmerksamkeit - alles wichtige Standortfaktoren - zunehmen.

- Durch den technologischen Fortschritt wird die Halbwertszeit des Wissens immer kürzer. Aus- und Weiterbildung und beruflicher Aufstieg dürfen nicht bei 40 Jahren enden. Wir brauchen eine Art "lebenslanges Lernen", um unseren hohen Ausbildungs- und Qualifikationsstandard auch in Zukunft zu halten.
- In Zukunft werden wir um eine Flexibilisierung der Altersgrenze nicht herumkommen und wenn die schwere Arbeit humanisiert wird, kann sich die Altersgrenze verschieben. In den USA und in Japan sind zwar Tendenzen für einen "zweiten Arbeitsmarkt" zu beobachten: Nur die leistungsfähigen Alten werden in den Unternehmen gehalten, während den anderen die Herabstufung, der Verlust des Arbeitsplatzes und der soziale Abstieg droht. Das ist aber keine Frage der Altersgrenze, sondern eine Frage der Arbeits- und Sozialpolitik. Hier liegen wichtige neue Aufgaben für die Arbeitsgestaltung, den Arbeitsschutz und für eine neue Sozialpolitik.
- Wir brauchen in Zukunft eine quantitativ und qualitativ gesteuerte Einwanderungspolitik. Unterschiedliche Annahmen über eine jährliche Zuwanderung in Deutschland von jeweils 300.000, 400.000 bez. 500.000 Zuwanderungen pro Jahr für den Zeitraum 1992 bis 2017. Deutlich wird, daß je nach Variante das derzeitige Niveau des Arbeitskräfteangebots deutlich unterschritten wird.
- In den nächsten 10 Jahren wird das Überleben vieler Betriebe in Industrie, Dienstleistung und Handwerk davon abhängen, daß sie jüngere Frauen gewinnen. Auf diese Situation sind weder die Betriebe, noch die Frauen vorbereitet. Deutschland beispielsweise hat im internationalen Vergleich eine unterdurchschnittliche Quote der Frauenerwerbstätigkeit. Familienfreundlichere Arbeitszeiten und -angebote sowie eine entsprechende Infrastruktur, könnten wesentlich mehr Frauen veranlassen, ganztags oder Teilzeit zu arbeiten. Gegenüber der Zuwanderung hat die Frauenerwerbstätigkeit den Vorteil, daß mit Ausnahme der sozialen Infrastruktur, die ohnehin im Hinblick auf einen Familienlastenausgleich notwendig und überfällig ist, der Gemeinschaft keine zusätzlichen Kosten für Infrastruktur und Integration anfallen.

Unser Ziel muß sein "Europa der beste Ausbildungs-Standort der Welt". Das gilt für die Ausbildung der jungen Europäer, das gilt aber auch für die dringend notwendige kontinuierliche Nach-Qualifizierung der Facharbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure - also unserer Stammbelegschaften. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Aus- und Weiterbildung der Menschen aus den anderen Kontinenten.

Eine vorausschauende Politik kann den demographischen Wandel als Chance nutzen und notwendige Modernisierungsprozesse vorantreiben. Unsere Vision muß eine "Age irrelevant Society" sein, eine Gesellschaft in der das Alter ihrer Mitglieder keine oder eine sekundäre Rolle spielt. Wenn der 'Alte Kontinent Europa' schon der 'Kontinent der Alten' wird, dann sollte er dennoch ein aktiver, dynamischer Kontinent bleiben. Das gelingt aber nur, wenn Europa zu so etwas wie einem "Laboratorium der modernen Welt" wird mit, einer soliden industriellen Basis, hochwertige fertigungsorientierte Dienstleistungen und einer modernen und hochqualifizierten Ausbildungsstruktur und den besten Forschungslabors der Welt.

Max Frisch hat recht: "Krise ist auch eine Chance, wenn man ihr das Katastrophenhafte nimmt."

(-/15. Januar 1993/rs/ks)
